

Nach Charlie Hebdo: Was bleibt, sind viele Fragen

Gedankensplitter aus interreligiöser Sicht

Charlie Hebdo war gestern. Die Welle von Entsetzen und Abscheu ist verebbt, der Medienhype und die öffentliche Empörung haben sich gelegt. Ähnlich wie seinerzeit im Fall Anders Breivik. Vor und nach dem Attentat in Paris gab es Angriffe auf Muslime und Musliminnen sowie auf Moscheen in Europa, den USA und in Afrika. Der Islam als Ganzes, muslimische Einrichtungen und Menschen mit erkennbar muslimischem Glauben werden attackiert, verbal und immer öfter auch physisch. Das generiert in Europa zwar eine Schlagzeile, aber keine, die zu einer kollektiven öffentlichen Reaktion führt. Keine, die dazu führt, dass Politiker und Politikerinnen um Stellungnahmen gebeten werden. Keine, die eine gesellschaftliche Diskussion über Islamhass auslösen würde. Warum? Spielt es allem Gerede von der Gleichheit der Menschen, von Menschenwürde und Menschenrechten zum Trotz doch eine Rolle, wer die Opfer sind? Nimmt jede Seite vornehmlich ihre eigenen Opfer wahr?

Westlichen Terroropfern wird eine enorme Medienaufmerksamkeit zuteil; doch die Hauptopfer der Jihadisten sind Muslime (David Signer), im Nahen Osten und in Afrika. Sie haben nichts mit dem "Heiligen Krieg" des "Islamischen Staates" zu tun und dessen Gewaltorgien sind für sie so abscheulich wie für uns alle hier. Gibt es bei uns im Westen so etwas wie einen "zynischen Humanismus" (Milo Rau), der den Krieg in Syrien oder die Bombardierung der muslimischen Welt mit Drohnen hinnimmt, aber zutiefst schockiert ist, wenn in Paris siebzehn Menschen getötet werden? IS, Boko Haram, Al-Qaida und wie sie alle heissen, massakrieren Hunderte, Tausende Menschen im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Dagegen erhebt kaum jemand die Stimme! Haben Menschenleben in Europa einen anderen Wert als in Syrien oder Nigeria? Solche Fragen stellen sich Muslime und Musliminnen in Nordafrika und Westasien schon seit Generationen. Dieses Gefühl, benachteiligt und mit anderen Massstäben bewertet zu werden, hat sich inzwischen auf weite Teile der zweiten und dritten Generation Muslime in der westlichen Welt übertragen und seit 9/11 und durch die Folgen daraus verstärkt.

Auch fragen sich viele Musliminnen und Muslime, wie es möglich ist, dass in der Schweiz trotz Antirassismus-Gesetz, das die Diskriminierung und Verleumdung von Personen oder Gruppen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion unter Strafe stellt, die systematische Herabsetzung des Islam und die Verhöhnung seiner Symbole unter die Meinungsäusserungsfreiheit fällt? Fragen über Fragen.

Wofür steht Europa?

Wofür steht Europa, um dessen Werte es angeblich in den ganzen Debatten geht? Für das Projekt einer demokratischen, offenen, freien, kulturell und religiös pluralistischen Gesellschaft, in der alle volle Teilhabe an politischen Rechten und gleichen Zugang zur Gesell-

schaft haben? Oder für einen Kontinent, der mehr und mehr seine Grenzen schliesst und sein "Eigenes" wieder zunehmend durch Abgrenzung von "Fremdem" definiert?

Und kann es denn wirklich sein, dass eine der grössten kulturellen Errungenschaften Europas, die Meinungsfreiheit, darin bestehen soll, sich über das Heiligste von gläubigen Menschen lustig zu machen, es zu verhöhnen und eine ganze Glaubensgemeinschaft pauschal herabzuwürdigen? Schon Rosa Luxemburg hat in einem leidenschaftlichen Plädoyer für die freie Meinungsäusserung angemahnt, dass Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist. Es ist nicht gleichgültig, was "grenzenlose Freiheit" bewirkt. Das eigene Handeln am Wohl der anderen zu orientieren, ist eine Beschränkung der zweifelhaften Freiheit, sich selbst auf Kosten der anderen gross zu machen. Alles ist erlaubt, aber nicht alles dient zum Besten, sagte schon der Apostel Paulus. Nicht alles dient zum Besten des guten Zusammenlebens. Um in Verschiedenheit respektvoll miteinander leben zu können, braucht es das Ausloten von Grenzen: Was können wir einander zumuten? Was ist der gemeinsame Grenzraum, jenseits dessen die eigene Freiheit unter Umständen zur Provokation der Anderen wird, wo also die Freiheit der Andersdenkenden beginnt und zu respektieren ist?

"Wir sind Charlie", haben Tausende auf den Strassen skandiert: Doch was impliziert dieses "Wir"? Sind wir alle Opfer von radikalen Islamisten? Sind wir alle Karikaturisten und Satiriker, die sich alle Freiheit herausnehmen, ohne allfällige Konsequenzen mit zu bedenken? Sind wir alle Islamhasser oder bloss Islamistenhasser? Oder steckt dahinter einfach der Ausdruck von Betroffenheit über einen brutalen Gewaltakt in unmittelbarer Nähe? Wer ist eingeschlossen in das "Wir" und wer ausgeschlossen davon? Ist dieses "Wir" klar definiert oder bleibt es ein gefühltes "Wir", das sich ändert, je nachdem, wer es ausspricht und in welchem Kontext es verwendet wird?

Was ist mit dem aufgeklärten Europa gemeint, das es zu verteidigen gilt? Wenn aufgeklärt im Sinne Kants bedeutet, sich seines Verstandes ohne Leitung eines andern zu bedienen, kann es damit in der heutigen globalisierten Welt nicht weit her sein. Die These von der "Islamisierung" – wahlweise "des Abendlandes", "Europas" oder "der Schweiz" müsste dann nämlich völlig ins Leere laufen. Jeder aufgeklärte Mensch müsste sie als das erkennen, was sie ist: ein leeres Schlagwort, das nur dazu dient, Ängste zu schüren und damit die Massen, das "Stimmvolk", Demagogen in die Arme zu treiben. Das "Abendland" war schon immer eine hochkomplexe Mischung unterschiedlichster Einflüsse und verdankt gerade auch dem Islam grundlegende kulturelle und wissenschaftliche Entwicklungen. Alle Versuche, eine reine Lehre, eine reine Kultur, eine reine Rasse oder überhaupt "Reinheit" zu propagieren, haben im Desaster geendet. Europas Kulturen (und nicht nur die) waren und sind hybrid, Mischungen. Wenn wir die populistische Zweiteilung Europas in "Wir" und die "Anderen" übernehmen, wenn wir uns einreden lassen, der Islam befinde sich im Krieg mit dem Westen, haben die islamistischen Terroristen und auch die radikalen faschistoiden Parteien Europas erreicht, was sie wollten: eine Spaltung unserer Gesellschaften!

Kein Ende des Antisemitismus?

In Paris – und kurz darauf in Kopenhagen – wurden auch jüdische Einrichtungen angegriffen und jüdische Menschen getötet, einfach weil sie Juden sind. 70 Jahre nach Auschwitz ist der Antisemitismus nicht verschwunden. Er hat in Frankreich und auch weltweit in den letzten Jahren wieder zugenommen, ist in manchen Ländern die häufigste Form von Rassismus.

Neben dem europäischen Antisemitismus gibt es seit geraumer Zeit einen muslimischen Antisemitismus, der sich durch den Gaza-Krieg im Sommer 2014 verstärkte und zu Hetzkampagnen in sozialen Netzwerken führte. Unsicherheit und Besorgnis unter jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nehmen deshalb zu, auch in der Schweiz. Viele Jüdinnen und Juden fragen sich: Soll ich mich zurückziehen, einigeln? An Schabbat und Feiertagen in die Synagoge gehen oder zuhause bleiben, aus Angst vor dem, was passieren könnte? Lieber im Familien- und Freundeskreis feiern – bei gezogenen Vorhängen? Bloss nicht auffallen oder trotzig mit einem sichtbaren Davidstern auf die Strasse gehen und sich dagegen wehren, Opfer zu sein? Nach Israel auswandern, wie es manche europäische Juden und Jüdinnen nach den Anschlägen in Paris und Kopenhagen tun? Oder an einem europäischen Judentum arbeiten, eine neue jüdische Identität und Gemeinschaft entwickeln, die nach neuen Wegen sucht zwischen Tradition und Erneuerung und die Brückenbauerin sein kann zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaften in Europa? Und was kann und muss die Mehrheitsgesellschaft endlich für den Schutz und die radikale Respektierung der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger tun? Viele offene Fragen auch hier.

Hat Gewalt eine Religion?

Weil islamistische Terroristen sich auf den Islam berufen, werden die Debatten vorrangig über die "Gewalttätigkeit des Islam" geführt. Dabei geht man den Tätern auf den Leim und versteht Islam so, wie die Terroristen ihn verstehen wollen. Plausibler wäre es, die islamistischen Terrorakte nicht als Teil der Islamdebatte, sondern als politische Ereignisse zu diskutieren, fordert der Politikwissenschaftler Farid Hafez. Nicht die Religiosität sei die Hauptursache islamistischer Gewalt (bei den meisten Tätern geht das religiöse Wissen gegen Null), sondern das Gefühl junger Muslime, ausgeschlossen, gedemütigt und ohne Perspektive zu sein. Die Aussicht, sich als Helden und gewalttätige Machos in den Kampf zu stürzen, Macht auszuüben, wertet ihr Selbstwertgefühl auf.

Aber warum suchen junge Männer (bisweilen auch mit Unterstützung junger Frauen) den Islam als Folie für ihre Gewaltexzesse? Bietet der Islam nicht doch auch religiöse Ansatzpunkte für ihre Gewalt? Stehen im Koran nicht Verse, die zur Tötung der Nicht-Gläubigen aufrufen? Die Frage wird im Kontext der aufgeheizten Berichte über die Charlie Hebdo-Attentate immer wieder gestellt; sie zielt letztlich gar nicht auf Religion ab, sondern auf bestimmte (gesellschafts-)politische Entwicklungen, die jetzt in der Religion bzw. in einer bestimmten Variante von Religion ein simples Erklärungsmuster fanden. Doch wenn wir die Bibel "von aussen" betrachten: Lassen sich da nicht auch verstörende Texte finden, die den Feinden Tod und Verderben wünschen? Die Psalmen etwa sind nicht nur Klagelieder, sondern durchtränkt mit Rachephantasien von Ohnmächtigen. Und auch im Zweiten Testament finden sich Gewalttexte: so zum Beispiel der Blutruf über die Juden im Matthäusevangelium (Mt 27,25) oder die Sprache des Hasses und der Gewalt gegenüber den Feinden in der Apokalypse des Johannes. Solche Texte können auch Christinnen und Christen nicht einfach auslöschen, aber wenn sie sie "von innen" lesen, können sie die Texte in einem bestimmten historischen Kontext situieren und ihre Normativität relativieren, indem sie ihnen andere Texte der Bibel gegenüberstellen. Auch Muslime und Musliminnen haben über Jahrhunderte problematische Texte im Koran in ihrem historischen Kontext verortet und im Zusammenhang mit der Gesamtbotschaft des Propheten gelesen und dadurch entschärft. Die Legitimierung von Gewaltexzessen mit Koranzitaten folgt nicht etwa einer archaischen Tradition, sondern ist eine Erscheinung der Moderne.

Der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu hat auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre 2006 sinngemäss gesagt: "Gott hat keine Feinde und schon gar nicht sind meine Feinde Gottes Feinde." In der Geschichte haben Christinnen und Christen aus ihren persönlichen und kollektiven Feinden oft Gottes Feinde gemacht. Damit haben sie besonders ausgeklügelte Grausamkeiten gegen die jeweils Anderen legitimiert, gegen Juden und Muslime etwa, aber auch gegen christliche GlaubensgenossInnen. "Gott hat keine Feinde" ist eine Metapher für "Gott ist all-liebend", "Gott ist all-barmherzig" und weist darauf hin, dass man Gott nicht gleichzeitig in der Sprache der Liebe und in der des Hasses und der Gewalt beschreiben kann.

Befürchtungen

Es ist zu befürchten, dass soziale Probleme noch vermehrt "religionisiert" und insbesondere "islamisiert" werden. Der Ruf nach Sicherheit und einseitigen Restriktionen, die in Diskriminierungen enden, wird lauter ertönen. Die Banlieues als Brutstätten der Gewalt sind keine Schöpfung des "Islam", sondern verfehlter französischer Sozialpolitik. Aber statt ihre Sanierung endlich an die Hand zu nehmen, will man die Schülerinnen und Schüler vermehrt zu guten "republikanischen Staatsbürgern" erziehen und zusätzlich Polizei und Sicherheitsorgane ausbauen. Damit werden weder die miserablen Schulen besser, noch entsteht mehr Sicherheit. Die Politiker und jene gesellschaftlichen Kreise, die bei jeder Gelegenheit die Freiheit als wichtigsten Wert beschwören, sind im Gegenzug problemlos bereit, immer mehr von dieser Freiheit zugunsten von mehr Sicherheit und mehr Überwachung aufzugeben.

Auch in der Schweiz verschiebt sich die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zunehmend Richtung Sicherheit – besonders in einem Wahljahr. Das geplante und vom Nationalrat abgeseignete neue Nachrichtendienstgesetz lässt den gläsernen Bürger Wirklichkeit werden. Dabei wäre das stärkste Gegenmittel gegen jegliche Form von Radikalisierung eine starke demokratische Zivilgesellschaft, die auf Zusammenhalt fokussiert und keine gesellschaftliche Gruppe ausgrenzt, die Vielfalt als Wert anerkennt, genügend Lern- und Arbeitsmöglichkeiten für alle bereitstellt und im Alltag die guten Erfahrungen mit den jeweils Anderen fördert und einübt.

Hoffnungsvolle Zeichen

Den problematischen Entwicklungen, die, davon ist auszugehen, zu weiteren Gewalttaten führen werden, stehen einige hoffnungsvolle Zeichen gegenüber:

So moderiert seit Kurzem eine irakisch-schweizerische Islamwissenschaftlerin und Muslimin die Sendung "Sternstunde Religion" von SRF. Und auch im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen wird die kulturelle Vielfalt zunehmend durch Präsentatorinnen und Moderatoren sichtbar, von denen zumindest ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde.

Eine Studie der Humboldt-Universität in Berlin zeigt: Junge Menschen haben deutlich weniger Vorurteile gegenüber Muslimen als ältere. Über siebzig Prozent der 16- bis 25-Jährigen fordert mehr Anerkennung für Muslime und lehnt Einschränkungen beim Bau von Moscheen ab. Jüngere Menschen haben zudem deutlich mehr Kontakt zu Muslimen und Musliminnen im Alltag, und die persönliche Begegnung und der direkte Kontakt ist für sie auch die häufigste Wissensquelle über Muslime und den Islam. Religiöse Vielfalt ist in der jungen Generation längst Alltag geworden.

Das Urteil des Deutschen Bundesverfassungsgerichts zur Kopftuchfrage bei Lehrerinnen hält fest: Der Staat darf muslimischen Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern nicht mehr pauschal verbieten, sondern es müssen im Einzelfall konkrete Gründe vorliegen. Das ist ein Wechsel von einer Pauschalisierung hin zur Differenzierung.

Realistisch gesehen muss gesagt sein, dass keines dieser Ereignisse die grundlegende islamkritische bis islamfeindliche Stimmung in Mittel- und Westeuropa wettmacht. Aber solche "kleinen Ereignisse" weisen darauf hin, dass der Prozess der kulturellen und religiösen "Verwebungen", ihre stete Auflösung und Neubildung, erkennbar vonstatten geht.

Kann Religion zum Frieden beitragen?

Die Frage wiegt schwer angesichts der Tatsache, dass auch heute wieder Kriege im Namen der Religion oder entlang der Grenzen religiöser Gemeinschaften geführt werden – nicht nur zwischen unterschiedlichen Religionen, sondern auch zwischen verschiedenen Gemeinschaften und Strömungen innerhalb einer Religion. Studien zeigen: Religionen werden häufig zur Durchsetzung von Interessen- und Machtpolitik missbraucht, indem diese religiös aufgeladen und Interessenkonflikte in Wertekonflikte transformiert werden (Markus A. Weingardt). Nachweislich lassen sich bei Wertekonflikten, die sich häufig als religiöse Konflikte manifestieren, die Massen einfacher und besser mobilisieren. Die Gewaltbereitschaft wie auch die Opferbereitschaft wächst, wenn es sich um (religiöse) Wertekonflikte handelt. Die religiöse Aufladung von Konflikten gelingt auch deshalb so gut, weil es in allen Religionen Texte gibt, die Gewalt rechtfertigen oder als von Gott gewollt schildern. Werden diese Texte aus ihrem historischen Kontext herausgelöst, kann man sie zur Rechtfertigung gegenwärtiger Gewaltausübung nutzen.

Dabei wird übersehen: Liebe und Barmherzigkeit sind die herausragendsten Eigenschaften bzw. Namen Gottes im Judentum, Christentum und Islam und damit auch ethische Werte für das Verhalten der Gläubigen. Alle drei monotheistischen Religionen bergen zudem grosse, jahrhundertalte Visionen von Gerechtigkeit, Nächstenliebe und umfassendem Frieden, von Heil/Schalom/Salam; ihre Propheten und Prophetinnen traten stets gegen Unrecht und Gewalt gegenüber den Schwachen auf. Diese Frieden stiftenden religiösen Traditionen gilt es von den Religionsgemeinschaften gemeinsam stark zu machen, anstatt sich gegeneinander zu positionieren in der Frage, welche Religion gewalttätiger oder welche friedvoller sei. Dringend nötig wäre ein Wettstreit im Guten, ein gemeinsames Handeln für mehr Gerechtigkeit und Frieden in unserer Welt. Dazu hat bereits der Offene Brief von 138 muslimischen Gelehrten "A Common Word" im Oktober 2007 aufgerufen.

Neue Wege gehen

Wir brauchen nicht vorrangig die "Hardware" von Sicherheitsdispositiven der Geheimdienste nachzurüsten, sondern es braucht eine grosse Anstrengung, unsere Mentalitäten zu ändern. Dabei hilft Empathie: der Versuch, sich in die Schuhe der jeweils Anderen zu stellen und damit sich selbst und andere neu und besser verstehen zu lernen. Wer empathisch denkt und handelt, versucht die jeweils Anderen einzubeziehen und im Gespräch zu bleiben. Dies gilt im Nicht-Religiösen wie auch im Religiösen.

Was es braucht, sind neue Wege: Es braucht einen Weg der Neubesinnung und der Beschäftigung mit der Ethik in den verschiedenen Religionen, um zu verstehen, dass diese gar nicht so unterschiedlich ist. Es braucht den Weg des Dialogs, im Grossen und im Kleinen,

des Gesprächs und der Diskussion auf Augenhöhe, in der alle gleichberechtigt sind und auf gleicher Ebene miteinander reden. Ein Zusammenschluss der verschiedenen Minderheiten könnte helfen, dass sie ein starkes Gegenüber bilden in einem gleichberechtigten Dialog und von der Mehrheit nicht mehr übersehen werden. Dann braucht es einen Weg zur Akzeptanz der Verschiedenheit von Kulturen und Religionen. Es braucht offene Menschen, die sich nicht vor der Vielfalt an Lebensarten und Lebensformen ängstigen, sondern sich an der Vielfalt freuen lernen. Es braucht aber auch den Weg der Aufarbeitung der Vergangenheit: Wo haben wir einander Böses angetan, wo Gutes vollbracht und was haben wir unterlassen? Es gilt den Frieden zu suchen – in uns selbst und mit allen Menschen, die sich für den Frieden einsetzen und für Gewaltlosigkeit.

Es wird auch in Zukunft Gewaltereignisse geben, die in irgendeiner Weise einen religiösen Bezug aufweisen oder religiös instrumentalisiert werden. Es kann und darf aber nicht sein, dass dann jedesmal die gleichen Fragen, die gleichen Antworten, die gleichen Ängste und Anschuldigungen formuliert werden, dass immer wieder dieselben Ausschnitte aus einer viel komplexeren Realität stets nach dem gleichen Muster selektiert, diskutiert, zementiert und als die umfassende Realität dargestellt werden – nach dem Motto: Meine Wirklichkeit ist die einzig richtige Wirklichkeit.

Für alle im religiösen und interreligiösen Bereich Engagierte nimmt der Druck spürbar zu, sich im Ereignisfall eindeutig auf eine Seite zu schlagen, sich vom Einen zu distanzieren und mit dem Anderen zu solidarisieren. Das kann schnell als "Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns" ausgelegt werden. Die grosse Herausforderung wird sein, sich diesem Druck soweit als möglich zu entziehen und die Welt nicht in "sie" und "wir" einzuteilen. Das kann nur gelingen, wenn wir den Massstab für alle gleich legen, wenn wir auch in den eigenen Reihen entsprechend glaubwürdig und konstruktiv Kritik äussern und uns Pauschalisierungen und vorschnellen Antworten nach allen Seiten hin verweigern. Dieser Weg ist anstrengend. Er erfordert Beständigkeit, Aufrichtigkeit, Konsequenz und Mut. Eine konstruktive Alternative dazu gibt es aber nicht.

Eine kürzere Version des Textes ist erschienen in der Zeitschrift "Neue Wege", Nr. 5/2015, Zürich, Mai 2015, 145-147.